

Der Papierkrieg nervt noch immer

Bürokratieabbau. Vor gut fünf Jahren hat der Bund ein Programm gestartet, um den administrativen Ballast für Unternehmen zu verringern. Trotz einiger Anfängerfolge ist bislang aber kein wirklicher Durchbruch gelungen.*)

Nach wie vor sind die Kosten für den Papierkram immens, die Gesetze des Bundes verursachen. Allein die Kosten, die aus Informationspflichten der Firmen wie der Abgabe der Umsatzsteuererklärung resultieren, summieren sich auf über 40 Milliarden Euro pro Jahr.

Der Ehrlichkeit halber muss man einräumen, dass die Bürokratiekosten der Unternehmen seit fünf Jahren immerhin um 7,5 Milliarden Euro gesunken sind. Entlastungen von 9 Milliarden Euro standen dabei

neue Bürden mit Folgekosten von 1,4 Milliarden Euro gegenüber.

Dass es beim Bürokratieabbau überhaupt vorangeht, ist nicht zuletzt dem Nationalen Normenkontrollrat zu verdanken. Er hat seit seiner Einsetzung 2006 immerhin 1.756 Bundesregelungen zur Überprüfung erhalten und oft gemeinsam mit den zuständigen Ministerien entrümpelt (Grafik Seite 2).

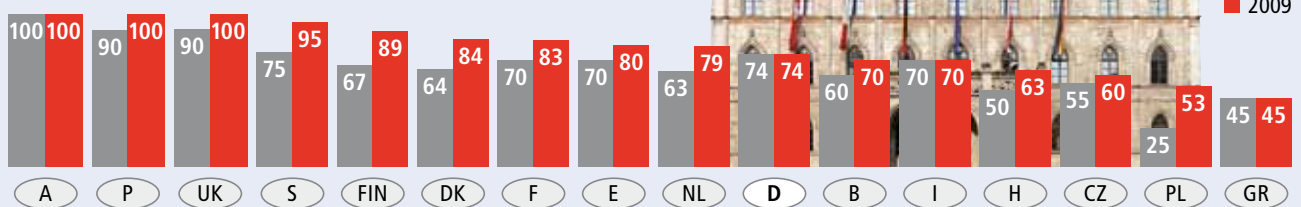
Während der Bund also zumindest auf dem Weg ist, den Aufwand für Unternehmen zu verringern, haben

Länder und Kommunen noch Nachholbedarf. Gerade die Gemeinden lassen sich eine Menge einfallen, um Geschäftsleute zu gängeln. Beispiele sind die Luftraumsteuer für das Anbringen von Markisen oder unklare Anforderungen für Baugenehmigungen.

Nicht immer ist der Papiertiger gleich zu erkennen. Oftmals schreibt der Staat Auflagen nicht ins Gesetz – sie ergeben sich indirekt und werden von der Bürokratiemessung nicht erfasst. Ein Beispiel ist die Dokumentation von Bewerbungsverfahren. Aufgrund des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes ist jeder Arbeit- →

Deutsche Rathäuser stehen auf der Leitung

So viel Prozent der öffentlichen Verwaltungsangebote waren online verfügbar



Länderauswahl; Quelle: Europäische Kommission

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwd 24

In dieser Woche

Gemüseanbau: Der Darmkeim EHEC verursacht menschliches Leid, aber er gefährdet auch unternehmerische Existenzen. Seite 3

Konjunktur: Mit der deutschen Wirtschaft geht es weiter aufwärts. Vor allem die Industrie expandiert. Seite 4

Arbeitslosengeld II: Den Empfängern von ALG II zahlt der Staat die Miete – doch jede Kommune hat andere Regeln. Seite 5

Einkommenssteuer: Die kalte Progression verhindert, dass Gehaltserhöhungen in diesem Jahr ankommen. Seite 6

Öffentlicher Dienst: Noch immer zählt Leistung bei Beamten weniger als das Dienstalter. Seite 7

Arbeitskosten: Im Jahr 2010 stiegen die Arbeitskosten wieder – eine Rückkehr zur Normalität. Seite 8

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln



→ geber gut beraten, im Einzelnen aufzulisten, was bei Bewerbungsgesprächen auf den Tisch kommt. Dann lässt sich vor Gericht leichter belegen, warum der Kläger – also der Bewerber oder die Bewerberin – nicht zum Zuge kam.

Allein diese Dokumentationskosten veranschlagt die Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult für die deutsche Wirtschaft mit 156 Millionen Euro pro Jahr.

Um den Bürokratieabbau in Deutschland voranzutreiben, wären vor allem diese Maßnahmen sinnvoll:

- Die Kompetenzen des Nationalen Normenkontrollrats sollten erweitert werden. Er müsste auch ein Auge auf geplante Gesetze werfen dürfen, damit Bürokratiemonster erst gar nicht entstehen.
- Sogenannte sachfremde Anforderungen im Vergaberecht sollten auf ein Minimum reduziert werden: Bislang müssen Firmen bei einem Angebot oft belegen, dass sie tariftreu sind, eine Frauen- und Ausbildungsquote erfüllen, sich ökologisch korrekt und sozial verhalten, wenn sie einen öffentlichen Auftrag ergattern wollen. Für Mittelständler ist dieser Aufwand kaum zu stemmen.
- Ein Verwaltungsbenchmarking könnte den Wettbewerb um die bürokratieärmsten Regelungen beflügeln. Man könnte die Bundesländer und Gemeinden prämiieren, die mit dem kleinsten Aufwand das gewünschte Ziel erreichen.
- Gesetze und Verordnungen sollten dort befristet werden, wo kein Bedarf an einer dauerhaften Regulierung besteht.

Grundsätzlich sollte der Gesetzgeber auf allen Ebenen verpflichtet werden, die Notwendigkeit neuer Regulierungen zu hinterfragen. Dies gilt auch für europäische Richtlinien

Bürokratieabbau: Bund lässt Auflagen prüfen



Zahl der Regelungen, die der Nationale Normenkontrollrat seit 2006 im Auftrag der Ministerien erhalten hat, um sie auf Vereinfachung der Informationspflichten zu überprüfen

Normenkontrollrat: Bei dem Rat handelt es sich um ein unabhängiges Gremium, das den Abbau administrativer Auflagen vorantreibt und die mit dem Papierkram verbundenen Kosten checkt

| | | | |
|---|-----|--|--------------|
| Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | 332 | Gesundheit und Soziale Sicherung | 91 |
| Finanzen | 276 | Verteidigung | 25 |
| Wirtschaft und Technologie | 215 | Familie, Senioren, Frauen und Jugend | 25 |
| Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung | 202 | Bildung und Forschung | 23 |
| Arbeit und Soziales | 163 | Auswärtiges Amt | 21 |
| Inneres | 156 | Bundeskanzleramt | 10 |
| Justiz | 108 | Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung | 6 |
| Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit | 103 | Insgesamt | 1.756 |

Stand: 18. Mai 2011
Quelle: Nationaler Normenkontrollrat (NKR)

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - IwD 24

Überflüssige Behörden

Bürokratieabbau heißt auch, Behörden und Institutionen auf den Prüfstand zu heben. Der Bund allein unterhält über 50 Institute und gibt für deren Arbeit jährlich mehr als 1,3 Milliarden Euro aus. Viele Einrichtungen sind überflüssig, werden jedoch künstlich am Leben erhalten. Beispiele: Die ernährungswissenschaftlichen Bundesinstitute wurden 2008 zum „Max-Rubner-Institut“ (MRI) zusammengefasst. Zu diesem gehört auch die **Bundesanstalt für Milchforschung** in Kiel. Die Behörde hatte zuletzt noch 200 Planstellen. Zu fragen ist, ob die heutigen Milchkonzerne und Großmolkereien nicht auch ohne Hilfe des Bundes in der Lage sind, ihre Produkte zu entwickeln und die hygienischen Anforderungen der Milchverarbeitung zu erfüllen. Die **Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes** ist zwar verkleinert worden, sie zählt aber noch immer über 12.000 Mitarbeiter, davon mehr als die

Hälfte in der Verwaltung. Zu den „Glanzleistungen“ der Behörde zählt z. B. der Ausbau des Hafens von Halle an der Saale für 30 Millionen Euro. Auch Jahre nach der Fertigstellung hat an den zwölf Anlegeplätzen noch kein einziges Frachtschiff festgemacht.

Die 1922 gegründete Reichsmonopolverwaltung – heute **Bundesmonopolverwaltung für Branntwein** – gehört ebenfalls zu den überflüssigen Behörden, denn das Branntweinmonopol ist lange gefallen. Die Branntweinsteuer wird von den Hauptzollämtern erhoben, sodass sich die Bundesmonopolverwaltung nun auf die Verteilung von Subventionen konzentriert. Die 200 Mitarbeiter kaufen bei den circa 22.000 Kleinbrennereien in Deutschland überschüssigen Alkohol zum Festpreis auf und brennen ihn in Ethanol um, das anschließend mit Verlust weiterverkauft wird. Der Fehlbetrag lag 2008 bei knapp 80 Millionen Euro.

und andere EU-Rechtsakte. Den Unternehmen würde es überdies helfen, wenn der Staat seine Behörden elektronisch aufrüsten würde. Bisher können hierzulande erst drei von vier Verwaltungsvorgängen online abgewickelt werden (Grafik Seite 1). Zu-

dem beschränken sich die Behörden oft nur darauf, Formulare auf einer Internetseite bereitzustellen.

*) Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): Politik ohne Geld – Was trotz knapper öffentlicher Kassen getan werden kann, IW-Studien, Köln 2011, 284 Seiten, 42 Euro. Bestellung über Fax 0221 4981-445 oder unter www.iwmedien.de

EHEC hinterlässt tiefe Spuren

Gemüseanbau. Rohkost steht im Verdacht, den Darmkeim EHEC zu übertragen. Seit Mai sind in Deutschland rund 3.250 Menschen daran erkrankt, 36 davon sind an den Folgen gestorben.

Zu dem menschlichen Leid kommt der finanzielle Schaden: Die deutschen Bauern, die auf rund 110.000

Hektar Gemüse anbauen, haben seit Ausbruch des Keims rund 65 Millionen Euro weniger Umsatz gemacht (Grafik). Laut Bauernverband betragen die Verluste europaweit bislang zwischen 500 Millionen und 600 Millionen Euro. Hilfe bekommen die Landwirte nun von der Europäischen Union – sie will die Bauern

der Mitgliedsländer mit insgesamt 210 Millionen Euro entschädigen. Derweil hat Russland das Importverbot für Gemüse aus Deutschland auf die gesamte EU ausgeweitet.

Im Wirtschaftsjahr 2009/2010 exportierte Deutschland fast 1,2 Millionen Tonnen Gemüse – importiert wurden 6,4 Millionen Tonnen.

Viel Platz für Spargel

Anbauflächen von Freilandgemüse in Deutschland 2010 in Hektar



Kohlgemüse
z. B. Blumenkohl,
Brokkoli

20.992



Blattgemüse
z. B. Spinat, Salat

17.322



Hülsenfrüchte
z. B. Bohnen, Erbsen

8.780



Stängelgemüse
z. B. Spargel

23.909



Knollengemüse
z. B. Möhren

17.980



**Weitere
Gemüsearten**
z. B. Speisezwiebeln

14.042



Fruchtgemüse
z. B. Gurken, Zucchini

7.545

Insgesamt

110.570

Wenig Gemüse unter Glas

Im Jahr 2010 wurden in Deutschland auf 110.570 Hektar Gemüse im Freiland angebaut – das entspricht fast der Gesamtfläche von Bremen und Hamburg zusammengenommen. Flächenmäßig die größte Anbaufläche entfiel auf den Spargel mit 23.909 Hektar. Hinzu kamen 1.325 Hektar, auf denen Gemüse unter Glas angebaut wurde. Dabei war die Tomate mit 319 Hektar die wichtigste Gemüseart.

Freiland-Anbaufläche der am meisten gezogenen Gemüsesorten 2010 in Hektar

| | | |
|------------------------|---------------------|-------|
| Baden-Württemberg | Stängelgemüse | 2.472 |
| Bayern | Stängelgemüse | 2.533 |
| Berlin und Bremen | Blattgemüse | 75 |
| Brandenburg | Stängelgemüse | 3.398 |
| Hamburg | Blattgemüse | 275 |
| Hessen | Stängelgemüse | 2.234 |
| Mecklenburg-Vorpommern | Blattgemüse | 736 |
| Niedersachsen | Stängelgemüse | 5.164 |
| Nordrhein-Westfalen | Kohlgemüse | 4.981 |
| Rheinland-Pfalz | Knollengemüse | 5.292 |
| Saarland | Blattgemüse | 60 |
| Sachsen | Hülsenfrüchte | 2.569 |
| Sachsen-Anhalt | Weitere Gemüsearten | 1.366 |
| Schleswig-Holstein | Kohlgemüse | 3.850 |
| Thüringen | Kohlgemüse | 475 |

Deutsche mögen Tomaten

Mehr als 7,6 Millionen Tonnen Gemüse haben die Deutschen im Wirtschaftsjahr 2009/2010 verzehrt – im Schnitt aß damit jeder Bundesbürger 93,2 Kilo Grünes. Mit 24,6 Kilo pro Kopf ist die Tomate die unangefochtene Nummer eins im Gemüse-ranking. Übertroffen wird sie nur noch von der Kartoffel: Im Durchschnitt verzehrt jeder Deutsche davon 60 Kilo pro Jahr.

Industrie ist bester Stimmung

Konjunktur. Die deutsche Wirtschaft bleibt 2011 auf Wachstumskurs. Unternehmen aller Wirtschaftsbereiche blicken optimistisch in die Zukunft, wie die Frühjahrs-Konjunkturumfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln zeigt. Am stärksten wird nach wie vor der Industriesektor expandieren.

Rund 1,5 Prozent Zuwachs im ersten Quartal 2011 im Vergleich zum Vorquartal – die Entwicklung des preis-, kalender- und saisonbereinigten Bruttoinlandsprodukts zeigt weiterhin nach oben. Getragen wird der Aufschwung sowohl von der Industrie als auch vom Dienstleistungssektor:

- Seit dem zweiten Quartal 2009 geht es mit der Leistung des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) fast konstant bergauf.

Die reale Bruttowertschöpfung der Industrie lag im ersten Quartal dieses Jahres um fast 20 Prozent über dem Tiefpunkt des ersten Halbjahres 2009.

Bis zum Rekordniveau des letzten Quartals von 2007 fehlen allerdings noch 8 Prozent.

- Der Dienstleistungssektor ist im Vergleich zur Industrie weitgehend unbeschadet durch die Krise gekom-

men. Schon seit Anfang 2009 verbucht dieser Wirtschaftszweig ein stetiges Wachstum.

- Das Baugewerbe kommt dagegen seit 2005 kaum voran. Es gab allerdings markante Ausreißer: Die Abschaffung der Eigenheimzulage, Vorzieheffekte wegen der Mehrwertsteuererhöhung und staatliche Konjunkturprogramme brachten den Sektor vorübergehend auf Trab. Die beiden zurückliegenden Winter sorgten hingegen vielfach für Stillstand.

Auch in näherer Zukunft verläuft die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen unterschiedlich – dies legt jedenfalls die Frühjahrs-Konjunkturumfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) nahe (vgl. iwd 21/2011). Generell gibt es jedoch einen klaren und teils steilen Aufwärtstrend (Grafik):

Industrie: Mit größter Zuversicht blicken die Hersteller von Investitionsgütern – z. B. Maschinen – nach vorn. Gut 82 Prozent kalkulieren mit einer höheren Produktion im Vergleich zum Vorjahr; nur 2 Prozent im Westen und 4 Prozent im Osten erwarten einen Rückgang.

Ebenfalls optimistisch sind die Vorleistungsgüterproduzenten, also

Firmen, die z. B. chemische Grundstoffe herstellen. In Westdeutschland glauben fast drei Viertel an ein weiteres Produktionsplus, in Ostdeutschland sind es nicht ganz zwei Drittel. Lediglich 6 bzw. 7 Prozent zeigen sich pessimistisch.

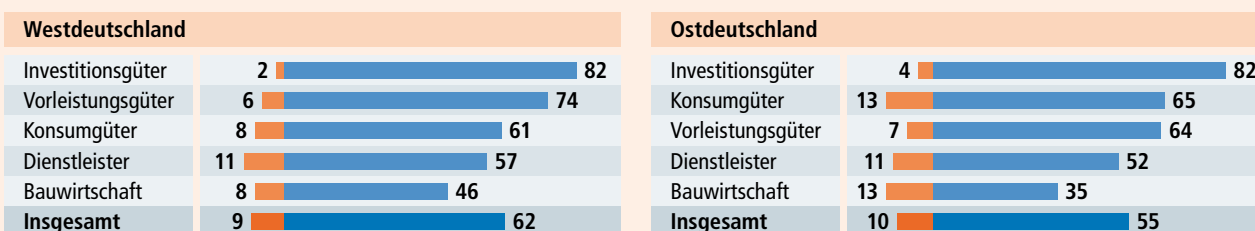
Bei jenen Unternehmen, die Konsumgüter wie Kühlschränke produzieren, herrscht ebenfalls gute Stimmung: Hier gehen 61 Prozent der westdeutschen und 65 Prozent der ostdeutschen Firmen von besseren Geschäften als 2010 aus, lediglich 8 Prozent im Westen und 13 Prozent im Osten halten ein Minus für wahrscheinlich.

Bauwirtschaft: Selbst am Bau dominiert inzwischen die Zuversicht: 46 Prozent der westdeutschen Baufirmen und 35 Prozent der ostdeutschen rechnen mit einem erfreulichen Jahr, nur noch 8 Prozent im Westen und 13 Prozent im Osten befürchten schlechtere Geschäfte.

Dienstleister: Im Westen der Republik gehen 57 Prozent der Dienstleistungsunternehmen und im Osten 52 Prozent von besseren Geschäften für 2011 aus. Sinkende Umsätze erwarten bundesweit lediglich 11 Prozent der Servicefirmen.

IW-Konjunkturumfrage: Zuversicht auf breiter Front

So viel Prozent der Unternehmen erwarten für das Jahr 2011 eine ■ Abnahme oder ■ Zunahme ihrer Produktion



Rest zu 100; gleichbleibend
Quelle: IW-Befragung von 1.825 Unternehmen in Westdeutschland und 515 Unternehmen in Ostdeutschland im April/Mai 2011

Jede Kommune macht es anders

Arbeitslosengeld II. Im Jahr 2009 haben der Bund und die Kommunen zusammen fast 14 Milliarden Euro ausgegeben, um den Beziehern von Arbeitslosengeld II die Kosten für das Dach über dem Kopf zu erstatten. Die Höchstsätze für Miete, Nebenkosten und Heizung sind allerdings von Stadt zu Stadt sehr unterschiedlich.

Den Empfängern von Arbeitslosengeld (ALG) II zahlt die jeweilige Kommune zwar zusätzlich zum ALG-II-Regelsatz von 364 Euro im Normalfall auch Miete, Nebenkosten und Heizung – aber nur bis zu einer bestimmten Höhe. Steigen die Wohnkosten über diese Grenze, müssen die Betroffenen unter Umständen von Amts wegen umziehen oder aber die Mehrkosten aus eigener Tasche bezahlen.

In jüngster Zeit waren Berichte zu lesen, dass sich die Zahl solcher Umzüge aufgrund von Mietsteigerungen erhöhen könnte. Ob es allerdings einen solchen Trend deutschlandweit überhaupt gibt, lässt sich mangels belastbarer Daten nicht sagen. Zudem ist der Bund für die Übernahme der Miete gar nicht zuständig – die einzelnen Kommunen regeln selbst, welche Leistungen sie den Beziehern von Arbeitslosengeld II bei den Unterkunftskosten gewähren.

Dies ist insofern zweckmäßig, als die Mieten regional sehr unterschiedlich ausfallen und sich die Zuschüsse daran orientieren: So darf die Nettokaltmiete eines Einpersonenhaushalts in Essen nach Amtsvorgaben nicht mehr als 218 Euro betragen, während im teuren München bis zu 449 Euro zulässig sind.

Arbeitslosengeld II: Der Staat zahlt die Miete

Durchschnittliche Leistungen des Staates für die Kosten der Unterkunft in Euro je Monat

| | 1-Personen-Haushalt | 2-Personen-Haushalt | 3-Personen-Haushalt |
|------------------------|---------------------|---------------------|---------------------|
| Hamburg | 318 | 413 | 467 |
| Berlin | 299 | 373 | 443 |
| Bremen | 290 | 357 | 402 |
| Hessen | 287 | 362 | 417 |
| Nordrhein-Westfalen | 283 | 358 | 415 |
| Baden-Württemberg | 278 | 348 | 402 |
| Bayern | 276 | 326 | 369 |
| Schleswig-Holstein | 274 | 331 | 377 |
| Niedersachsen | 269 | 330 | 381 |
| Saarland | 262 | 320 | 375 |
| Rheinland-Pfalz | 241 | 297 | 352 |
| Brandenburg | 230 | 288 | 332 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 230 | 278 | 313 |
| Sachsen | 224 | 274 | 311 |
| Sachsen-Anhalt | 224 | 263 | 302 |
| Thüringen | 211 | 255 | 292 |

Kosten der Unterkunft: Miete, Nebenkosten und Heizkosten; Stand: Januar 2011
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwv 24

Auch die tatsächlich gezahlten Leistungen für die Unterkunft klaffen weit auseinander (Grafik):

Im Schnitt – weil nicht jeder den Höchstsatz bekommt – erstatten die Kommunen in Thüringen einem ALG-II-Einpersonenhaushalt 211 Euro, Hessen dagegen zahlt 287 Euro und Hamburg sogar 318 Euro.

Die kommunalen Bestimmungen unterscheiden sich aber noch in weiteren Punkten. So hat Berlin eine maximal zulässige Bruttowarmmiete – also einen Mietpreis einschließlich aller Betriebs- und Heizkosten – festgelegt, in Hamburg oder München dagegen ist die Kaltmiete ausschlaggebend, dort spielen folglich die Nebenkosten keine Rolle. Düsseldorf wiederum hat Obergrenzen für die Kaltmieten plus Betriebskosten, erstattet aber die vollen Heizkosten. Zudem differenziert die nordrhein-westfälische Landeshauptstadt

danach, ob der ALG-II-Empfänger eine Wohnung neu anmietet oder das Mietverhältnis bereits bestand. In anderen Städten wie Hamburg oder Frankfurt am Main kommt es zusätzlich darauf an, wann das betreffende Wohnhaus gebaut wurde.

Wird die wie auch immer definierte Höchstmiete überschritten, muss der ALG-II-Bezieher allerdings nicht sofort seine Sachen packen und umziehen:

Berlin erlaubt bei bestehenden Mietverträgen, dass der Maximalwert sechs Monate lang überschritten wird, in Einzelfällen sogar zwölf Monate.

Einigen Personengruppen wie Behinderten, Schwangeren oder Alleinerziehenden gesteht die Bundeshauptstadt außerdem dauerhaft eine Wohnung zu, deren Miete die offizielle Höchstgrenze um bis zu 10 Prozent übersteigt.

Weniger Kaufkraft trotz höherer Löhne

Einkommenssteuer. Die Lohn- und Gehaltssteigerungen der meisten Arbeitnehmer werden alljährlich von einer versteckten Steuererhöhung geschmälert: der kalten Progression. Sie wirkt sich umso stärker aus, je höher die Inflationsrate ist. Das lässt sich vermeiden, indem der Einkommenssteuertarif jährlich an die Preissteigerungen angepasst wird.

Die deutsche Wirtschaft wächst kräftig und viele Arbeitnehmer freuen sich, dass die Löhne und Gehälter nach der Krise wieder angehoben werden. Doch die Freude könnte von kurzer Dauer sein. Etliche Beschäftigte werden nämlich feststellen, dass sie sich trotz kräftig steigender Arbeitseinkommen letztlich kaum mehr leisten können als vorher – möglicherweise sogar weniger.

Der Grund dafür ist die sogenannte kalte Progression. Sie entsteht durch eine Kombination aus

Einkommenssteigerungen, progressivem Steuertarif und Inflation: Wenn sich die Arbeitseinkommen in gleichem Maße erhöhen wie die Preise, bleibt zwar das reale Bruttoeinkommen konstant, nicht aber die Kaufkraft der Arbeitnehmer. Denn der deutsche Steuertarif bewirkt, dass die Steuerlast mit steigendem Einkommen überproportional stark zulegt. Die Beschäftigten müssen also von jedem zusätzlich verdienten Euro einen größeren Teil als Steuer abführen – und das Nettoeinkommen steigt langsamer als das Bruttoeinkommen.

Wie sich das in Euro und Cent auswirkt, zeigt das Beispiel eines Facharbeiters, der in diesem Jahr insgesamt 43.000 Euro verdient (Grafik). Da die Verbraucherpreise 2011 voraussichtlich um 2,5 Prozent steigen, müsste sein Einkommen im Jahr 2012 ebenfalls um 2,5 Prozent auf 44.075 Euro angehoben werden,

um die Inflation im Nachhinein auszugleichen. Die Steuerlast des verheirateten Alleinverdieners erhöht sich dann aber von 4.644 auf 4.902 Euro. Die Folge:

Nominal hat der Arbeitnehmer im Jahr 2012 nach Steuern mit 39.173 Euro zwar 818 Euro mehr verdient als 2011 – berücksichtigt man aber die Inflation, bleiben in Preisen von 2011 gerechnet nur 38.218 Euro übrig, und damit 138 Euro weniger als in diesem Jahr.

Dieses reale Minus zeigt sich auch beim Nettoeinkommen, also nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge. Der Facharbeiter hat aufgrund der kalten Progression im Jahr 2012 inflationsbereinigt nur 29.242 Euro zur Verfügung – statt zuvor 29.380 Euro.

Aus der Einkommenserhöhung um 2,5 Prozent wird also am Ende ein Kaufkraftverlust von 0,5 Prozent.

Beseitigen lässt sich die kalte Progression am einfachsten, indem der Einkommenssteuertarif indexiert wird. Dazu muss der Staat alle Einkommensgrenzen im Steuertarif um die Inflationsrate anheben. Um die Kaufkraft der Steuerzahler zu erhalten, sollte diese Anpassung jährlich erfolgen.

Die Kosten wären gerade in Anbetracht der derzeit sprudelnden Steuerquellen verkraftbar (vgl. iwD 20/2011): Je Prozentpunkt Inflation hätte der Fiskus mit einem um 1 ¼ bis 1 ½ Milliarden Euro geringeren Steueraufkommen zu rechnen. Angesichts der aktuellen Inflationsrate würde das den Staat also im kommenden Jahr etwa 3 bis 3 ½ Milliarden Euro kosten.

Einkommenssteuer: Kalte Progression frisst Lohnzuwachs

Beispielrechnung für einen verheirateten Facharbeiter, dessen Bruttolohn 2012 um 2,5 Prozent angehoben wird, um die Inflation des Jahres 2011 auszugleichen

| | 2011 | 2012 |
|-----------------------------------|--------|-------------|
| Bruttoeinkommen | 43.000 | 44.075 |
| Einkommenssteuer insgesamt | 4.644 | 4.902 |
| Einkommen nach Steuern | | |
| - nominal | 38.356 | 39.173 |
| - in Preisen von 2011 | 38.356 | 38.218 |
| Sozialbeiträge | 8.976 | 9.201 |
| Nettoeinkommen | | |
| - nominal | 29.380 | 29.973 |
| - in Preisen von 2011 | 29.380 | 29.242 |
| Realer Einkommensverlust | | -138 |

2012: unter der Annahme, dass die steuerlich abzugsfähigen Vorsorgeaufwendungen und Freibeträge sowie die Beitragssätze und Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozialversicherung gegenüber 2011 konstant bleiben
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Alter zählt immer noch

Öffentlicher Dienst. Bis vor einigen Jahren galt die eherne Regel, dass ältere Beamte mehr verdienen als jüngere. Jetzt herrscht offiziell das Leistungsprinzip. Doch bei genauem Hinsehen zeigt sich, dass noch immer derjenige besser bezahlt wird, der länger im Staatsdienst ist und nicht zwangsläufig der, der mehr leistet.

Bereits Mitte 1997 schaffte ein Dienstrechtsreformgesetz für die rund 1,7 Millionen Beamten des Bundes die Besoldung gemäß Dienstalter ab – zumindest auf dem Papier. Die Staatsdiener sollten stärker nach Leistung bezahlt werden.

Doch dieses Ziel ist bis heute mehr Schein als Sein geblieben: Noch immer wird bei den Gehältern – im Amtsdeutsch bei den Bezügen – unterstellt, dass Staatsdiener mit zunehmendem Alter an Erfahrung gewinnen und mehr leisten. Entsprechend verdienen alte Hasen durchweg mehr als junge Hüpfen.

Da hilft es auch nicht, dass der Gesetzgeber durch die Besoldungsreform zum 1. Juli 2009 die Dienstaltersstufen in sogenannte Erfahrungszeitstufen umgewandelt hat.

Dass das Alter immer noch entscheidend ist, belegt die jüngste Besoldungstabelle des Bundes. In ihr gibt es erhebliche Einkommensunterschiede zwischen denjenigen, die ihre Karriere gerade starten, und jenen, die im Regelfall nach 23 Jahren die letzte der meist acht Gehaltsstufen erreichen (Grafik).

Zwar kann der Aufstieg in den Gehaltsstufen mittlerweile durch herausragende individuelle Leistungen verkürzt werden. Es ist auch

Öffentlicher Dienst: Routine bringt mehr Geld

Die Gehaltsanpassung orientiert sich nach wie vor primär am Dienstalter: Während für die Beförderung von Stufe 1 auf 2 zwei Jahre notwendig sind, brauchen Beamte drei Jahre, um von Stufe 2 auf 3 zu gelangen. Ab Stufe 5 müssen sogar vier Jahre bis zur nächsten Stufe verstreichen

Grundgehalt Bund in Euro gültig seit 1. Januar 2011

| Besoldungsgruppe | Erste Erfahrungszeitstufe | Letzte Erfahrungszeitstufe | Zuwachs in Prozent |
|------------------|---------------------------|----------------------------|--------------------|
| A2 | 1.698 | 1.935 | 14,0 |
| A3 | 1.766 | 2.018 | 14,3 |
| A4 | 1.805 | 2.100 | 16,3 |
| A5 | 1.819 | 2.176 | 19,6 |
| A6 | 1.860 | 2.292 | 23,2 |
| A7 | 1.957 | 2.490 | 27,2 |
| A8 | 2.075 | 2.711 | 30,7 |
| A9 | 2.246 | 2.929 | 30,4 |
| A10 | 2.410 | 3.282 | 36,2 |
| A11 | 2.766 | 3.660 | 32,3 |
| A12 | 2.966 | 4.031 | 35,9 |
| A13 | 3.478 | 4.471 | 28,6 |
| A14 | 3.576 | 4.863 | 36,0 |
| A15 | 4.372 | 5.491 | 25,6 |
| A16 | 4.823 | 6.118 | 26,9 |

Quelle: Deutscher Beamtenbund

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 24

möglich, dass der Weg zu mehr Geld länger dauert, wenn Leistungsanforderungen nicht erfüllt werden. Doch fehlt es häufig an konkreten Bewertungsmaßstäben etwa für die Mehr- oder Minderleistung eines Lehrers oder eines Polizisten. Ohnehin sind die Möglichkeiten für einen Zuschlag beschränkt:

Maximal 10 Prozent der besonders leistungsfreudigen Beamten dürfen in den Genuss einer vorzeitigen Gehaltserhöhung oder einer zusätzlichen Leistungsprämie kommen. Das schreiben die Besoldungsordnungen von Bund und Ländern vor.

Ein weiterer Schwachpunkt ist, dass die einzelnen Besoldungsgruppen unterschiedlich starke Anreize setzen, die nächste Gehaltsstufe zu erklimmen: In der Gruppe A2 gibt es beim Übergang von Stufe 1 auf 2 monatlich nur knapp 40 Euro mehr. Im höheren Dienst kann sich die neue Gehaltsstufe hingegen mit

mehr als 230 Euro pro Monat auszahlen. Aber auch relativ gesehen entwickelt sich das Gehalt über die gesamte Dauer der Erwerbstätigkeit sehr unterschiedlich:

Der Oberamtsgehilfe in der niedrigsten Besoldungsgruppe kann sein monatliches Grundgehalt bis zur Pension um maximal 14 Prozent aufbessern. Für einen Oberstudienrat sind hingegen bis zu 36 Prozent mehr drin.

Auch um die Durchlässigkeit zwischen den Besoldungsgruppen ist es schlecht bestellt. So bleibt z. B. ein Lehrer, der nicht Rektor oder Stellvertreter wird, während der gesamten Dienstzeit in derselben Gruppe – egal, wie gut er arbeitet.

Völlig absurd ist schließlich die Bezahlung von Spitzenbeamten wie Direktoren: Bei ihnen spielen weder Erfahrung noch Leistung eine Rolle – sie werden in die Besoldungsgruppen B1 bis B11 eingeordnet, in denen es keine Gehaltsstufen gibt.

Alles wie gehabt

Arbeitskosten. Die Wirtschaftskrise bescherte den Unternehmen im westdeutschen Produzierenden Gewerbe 2009 etwas, was es noch nie zuvor gegeben hatte: Die Arbeitskosten sanken – und zwar um 2,2 Prozent. Doch dieser Rückgang wird wohl einmalig bleiben, denn schon 2010 machten die Arbeitskosten wieder das, was sie normalerweise immer tun: steigen.*)

Dass Deutschland nach der Finanzkrise wirtschaftlich derart schnell auf die Beine gekommen ist, hat nicht nur positive Folgen:

Im Jahr 2010 musste ein Arbeitgeber im westdeutschen Produzierenden Gewerbe für eine Vollzeitkraft 56.700 Euro aufwenden – 4 Prozent mehr als im Jahr davor.

Hauptursache für den Arbeitskostenanstieg war das Zurückfahren der Kurzarbeit. Dadurch erhöhte sich die bezahlte Arbeitszeit je Vollzeitbeschäftigten in den alten Bundesländern im vergangenen Jahr um 2,4

Arbeitskosten: Was neben dem Lohn noch anfällt

| Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe im Jahr 2010 in Euro je 100 Euro Bruttolohn/-gehalt | Westdeutschland | Ostdeutschland |
|--|-----------------|----------------|
| Direktentgelt | 75,10 | 77,50 |
| Vergütung für arbeitsfreie Tage | 17,50 | 17,20 |
| – Urlaub | 10,10 | 9,80 |
| – bezahlte Feiertage | 4,00 | 3,90 |
| – Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall | 3,30 | 3,50 |
| Sonderzahlungen | 7,30 | 5,30 |
| – Weihnachtsgeld, zusätzliches Urlaubsgeld usw. | 6,90 | 5,00 |
| – Vermögensbildung | 0,40 | 0,30 |
| Bruttolohn/-gehalt | 100,00 | 100,00 |
| Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber (einschließlich Unfallversicherung) | 18,90 | 20,10 |
| Betriebliche Altersversorgung | 5,60 | 2,30 |
| Sonstige Personalzusatzkosten (z. B. Ausbildungskosten, Abfindungen) | 4,30 | 3,90 |
| Arbeitskosten insgesamt | 128,80 | 126,40 |

Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten; Westdeutschland einschließlich Berlin; Bruttolohn/-gehalt einschließlich Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall; Direktentgelt: Entgelt für geleistete Arbeitszeit einschließlich leistungs- und erfolgsabhängiger Sonderzahlungen; betriebliche Altersversorgung: einschließlich Entgeltumwandlung und Aufstockungsbeiträgen zu Lohn und Gehalt sowie zur Rentenversicherung für Personen in Altersteilzeit und Aufwendungen für sonstige Vorsorgeeinrichtungen; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 24

Prozent. Im Jahr davor hatte es noch einen Rückgang von fast 4 Prozent gegeben.

Ein vergleichsweise günstiger Produktionsstandort sind nach wie vor die neuen Bundesländer. Mit durchschnittlich 37.740 Euro kostete eine Vollzeitkraft hier fast ein Drittel weniger als im Westen. Die Arbeitskosten stiegen im Osten zuletzt um 3,2 Prozent, also etwas weniger als in den alten Ländern.

Für die generellen Kostenunterschiede zwischen Ost und West gibt es mehrere Gründe: Zum Ersten ist

das Lohnniveau in den neuen Ländern produktivitätsbedingt niedriger; zum Zweiten erhalten Arbeitnehmer im Osten niedrigere Sonderzahlungen. Und zum Dritten ist die betriebliche Altersvorsorge nicht so stark ausgebaut (Grafik): Während im westdeutschen Produzierenden Gewerbe 2010 von 100 Euro Bruttolohn 5,60 Euro für die betriebliche Altersversorgung aufgewendet wurden, waren es in Ostdeutschland nur 2,30 Euro.

*) Vgl. Christoph Schröder: Die Struktur der Arbeitskosten in der deutschen Wirtschaft, in: IW-Trends 2/2011

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein

Stellvertreterin: Brigitte Lausch

Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf

Redaktion Berlin: Klaus Schäfer

Redaktionsassistent: Angelika Goldenberg

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504

E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich

Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer

Abo-Service: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Bercker Graphischer Betrieb
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich
(außer Januar und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.